

Plan zum Verlauf der Eingemeindung

Entstehungszeitraum: 1950
Entstehungsort: Salzburg
Objektart: Stadtplan mit handschriftlichen Eintragungen
Autor: Städtisches Vermessungsamt
Artikel-Autor: Thomas Weidenholzer
Material: Druck, Buntstift, Tusche
Größe: 74,5cm x 57,5cm
Standort/Signatur: Stadtarchiv Salzburg, Plansammlung 658
Physisch benutzbar: ja
Literatur:

Guido Müller, Der lange Weg zur Eingemeindung, in: Vom Stadtrecht zur Bürgerbeteiligung. Festschrift 700 Jahre Stadtrecht von Salzburg (Salzburger Museum Carolino Augusteum. Jahresschrift 33), Salzburg 1987, S. 329–336.

Florian Stehrer, Das Gebilde, das wir Groß-Salzburg nennen wollen. Die Eingemeindungen der Umlandgemeinden durch die Stadt Salzburg, Univ., Dipl.-Arb., Salzburg 2015.

Oskar Dohle, Liefering – ein „Fischerdorf“ wird zum Stadtteil. Die Angliederung von Liefering vor dem Hintergrund der Gebietsentwicklung von Salzburg seit dem 19. Jahrhundert. In: Stadt, Land, Kirche. Salzburg im Mittelalter und in der Neuzeit. Beiträge der Tagung zur Emeritierung von Heinz Dopsch in Salzburg vom 23. bis 24. September 2011 (Salzburg Studien. Forschungen zu Geschichte, Kunst und Kultur 13), Salzburg 2012, S. 223–251.

Die Stadt Salzburg wurde 1935 um die Gebiete der Ortsgemeinden Maxglan und Gnigl-Itzling vergrößert. Zu Jahresbeginn 1939 wurden die Gemeinden Morzg, Aigen und Leopoldskron aufgelöst. Morzg zur Gänze sowie Teile von Aigen, Anif, Bergheim, Hallwang, Koppl, Leopoldskron und Siezenheim (Mit Liefering und Taxham) wurden zur Stadt geschlagen.

Die Vergrößerung des Salzburger Stadtgebietes durch Eingemeindungen beschäftigte schon um 1900 die Politik und die Phantasie. Im Fasching 1896 entfesselte etwa ein „Zukunfts-Schwank" über das Jahr 2096 mit dem Titel „Groß-Salzburg" im Kurhaussaal „förmliche Lachsalven". 1903 befasste sich der Salzburger Gemeinderat erstmals mit dieser Frage. Hintergrund war das starke Bevölkerungswachstum. 1910 verhandelte die Stadtgemeinde erstmals mit Vertretern der Gemeinde Maxglan über die Eingemeindung. Es ging um die Kanalisierung und die Wasserversorgung Maxglans, um den Ausbau der elektrischen Stadtbahn nach Maxglan und um Fragen der Hauszinssteuer. Die Vorstellungen der beiden Gemeinden lagen jedoch, insbesondere in der Steuerfrage, weit auseinander. 1914 präsentierte der Bau- und Planungsfachmann Gemeinderat Ludwig Straniak seine Vorstellung zur Schaffung eines „Groß Salzburg" im liberalen Volksblatt. Eine sinnvolle und langfristige Stadtplanung sei nur auf Grundlage einer deutlich vergrößerten Stadt möglich. Straniak schwebte eine Fläche von etwa 120 Quadratkilometer vor. Das wäre die doppelte Ausdehnung des heutigen Stadtgebietes gewesen. Der Plan Straniaks sah die Entwicklung von Schwerpunktbildungen in Grundzonen vor: Industrie und Gewerbe in Schallmoos, besonderer Schutz der Altstadt für den Tourismus, Wohnviertel vor allem im Süden bzw. für die „Minderbemittelten" im Norden der Stadt.

Diese Vorstellungen fanden nicht ungeteilte Zustimmung, antisemitisch unterfüttert die ablehnende Haltung der Christlich-Sozialen, die „den Erdenfleck um den Mönchsberg" künftig durch „ein Häusermeer verschandelt" sahen und befürchteten, dass „noch mehr Juden und andere fremde Nationen" nach Salzburg kämen.

Den Eingemeindungsplänen, für die sich der Salzburger Gemeinderat aussprach, wurde von den Nachbargemeinden ablehnend begegnet. Lediglich die Gemeinde Maxglan bot Verhandlungen an. Trotz mehrerer Anläufe verhinderte der Erste Weltkrieg konkrete Ergebnisse.

Der geplante Ausbau des städtischen Kraftwerkes im Wiestal, die Überlegungen zur Errichtung einer elektrischen Rundbahn Bahnhof–Maxglan–Altstadt–Bahnhof und andere Infrastrukturprojekte brachten die Eingemeindungsfrage bald nach Kriegsende wieder auf das Tapet. 1920 fasste der Salzburger Gemeinderat einen entsprechenden Grundsatzbeschluss. Mit einer Volksabstimmung zur Eingemeindungsfrage wollte der Gemeinderat die Debatten wieder in Gang bringen. Während in der Stadt schon konkrete Vorbereitungen zur Abhaltung der Volksabstimmung liefen, gelang es den Umlandgemeinden abermals die Frage der Eingemeindung zu verzögern und schließlich zu verhindern. Man fürchtete den Verlust der Selbständigkeit sowie eine Anhebung der Steuerleistung auf das Niveau der Landeshauptstadt. Lediglich die sozialdemokratisch regierte und schwer verschuldete Gemeinde Gnigl-Itzling war grundsätzlich bereit, ihre Selbständigkeit aufzugeben und in einem „Groß-Salzburg“ aufzugehen.

Erst die Bedingungen der ständestaatlichen Diktatur ermöglichten die Umsetzung der Eingemeindung der Ortsgemeinden Maxglan und Gnigl-Itzling. Die Eingemeindung ging dabei aber keineswegs friktionsfrei vor sich. Während die Landesregierung keinen Zweifel an deren Notwendigkeit aufkommen ließ, formulierten die Ständevertreter der Umlandlandgemeinden in Absprache mit den Ortsgruppen der Vaterländischen Front ihre ablehnende Haltung. Den kleineren, landwirtschaftlich geprägten Ortsgemeinden wie Leopoldskron, Aigen oder Morzg gelang es schließlich, ihre Auflösung vorerst zu verhindern.

Am 1. Juli 1935 trat das „Gesetz über die Erweiterung des Gebietes der Landeshauptstadt Salzburg und einige damit zusammenhängende Änderungen des Gebietes der Umlandgemeinden“ jedoch in Kraft. Die Gemeinden Gnigl-Itzling und Maxglan wurden aufgelöst und zum überwiegenden Teil der Landeshauptstadt eingemeindet. Aigen, Morzg und Leopoldskron blieben aber eigenständige Ortsgemeinden, mussten aber kleinere eher städtisch besiedelte Teile der Stadt abtreten. Damit verdoppelte sich beinahe das Stadtgebiet. Die Einwohnerzahl stieg von 40.000 auf über 60.000.

Bald nach dem „Anschluß“ 1938 begannen die Vorarbeiten über eine zweite Eingemeindung. Einsprüche und öffentliche Diskussion unterblieben unter den Bedingungen nationalsozialistischer Planung. Ende September 1938 verordnet, trat die zweite Eingemeindung am 1. Jänner 1939 in Kraft. Morzg, Aigen und Leopoldskron wurden aufgelöst. Morzg zur Gänze sowie Teile von Aigen, Anif,

Bergheim, Hallwang, Koppl, Leopoldskron und Siezenheim (mit dem Ortsteil Liefering und mit Taxham) wurden zur Stadt geschlagen. Das Stadtgebiet vergrößerte sich auf 67,2 Quadratkilometer. Die Einwohner/innenzahl stieg auf 77.000.

Nachdem noch in der NS-Zeit mit dem Bau eines Schlachthofes der Stadt auf dem Gebiet der Gemeinde Bergheim begonnen worden war, einigte sich die Stadt 1949/50 mit dieser Gemeinde auf einen Gebietstausch. Das Gelände des Schlachthofes kam zur Stadtgemeinde, während Bergheim das Areal rund um die Wallfahrtskirche Maria Plain erhielt.